

## Abgeordnetenhaus beschließt Besoldungserhöhung

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat die überfällige Erhöhung der Bezüge für die rund 73.000 Beamtinnen und Beamten und 42.000 Versorgungsempfänger des Landes Berlin beschlossen. Damit erhalten die Beamtinnen und Beamten, Anwärtinnen und Anwärter sowie Richterinnen und Richter ab 1. August dieses Jahres **1,5 % mehr Grundgehalt** bzw. Anwärtergrundbetrag, **Amtszulage, allgemeine Stellenzulage** sowie **Familienzuschlag** (ohne Erhöhungsbetrag). Ebenfalls beschlossen wurde eine Erhöhung um weitere **2 % zum 1. August 2011**.

Der erste Erhöhungsschritt wurde nach heftiger Kritik der Gewerkschaften um zwei Monate **auf den 1. August 2010 vorgezogen**. „Wir freuen uns, dass die Koalition weitere Haushaltsmittel bereit gestellt hat“, erklärte DGB-Bezirksvorsitzende Doro Zinke, „allerdings hätten die **unteren und mittleren Einkommensgruppen** mehr davon gehabt, wenn das Geld in eine Pauschale für alle Beamtinnen und Beamten geflossen wäre.“ In diesen Einkommensgruppen liegt das **Jahresbrutto 2010 weiterhin unter jenem des Vorjahres**. Für 2008 und 2009 war das Weihnachtsgeld befristet von 640 € auf 940 € erhöht worden. Da diese Regelung Ende 2009 ausgelaufen ist, fehlen den Kolleginnen und Kollegen in diesem Jahr 300 €. Das wird auch durch die vorgezogene Erhöhung nicht völlig kompensiert. So dauert es bei ledigen Beamtinnen und Beamten in A 6 und darunter größtenteils bis Juni oder Juli 2011, bis die monatliche Erhöhung die „300-Euro-Lücke“ aufgefüllt hat. Bis A 9 dauert es überwiegend noch bis April, Mai oder Juni 2011. Die meisten Verheirateten mit zwei Kindern kommen nach Berechnungen des DGB bis zum April 2011 brutto ins Plus.

Der DGB und seine Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten in den vergangenen Wochen bei Abgeordneten und in einem Spitzengespräch mit dem Regierenden Bürgermeister massiv **für eine Einmalzahlung von 300 € in 2010** (zusätzlich zur prozentualen Erhöhung) **geworben**. Zu dieser Forderung hatte sich im Mai auch der Rat der Bürgermeister in einem Beschluss bekannt.

Auch nach der Erhöhung zum August 2010 werden die Berliner Beamtinnen und Beamten bundesweit mit Abstand am wenigsten verdienen. So bekommen sie für die gleiche Arbeit in derselben Stadt je nach Besoldungsgruppe und Stufe pro Arbeitsstunde **zwischen 5,3 und 8,3 % weniger** als Kolleginnen und Kollegen im Dienst des **Bundes**. Der Abstand zum Durchschnitt der übrigen Länder und des Bundes liegt noch bei 3,9 bis 5,4 %. „Auch die zweite beschlossene Erhöhung zum 1. August 2011 schließt weder die Lücke zum Bund noch zum Durchschnitt der Besoldung bei den übrigen Ländern“, kritisierte DGB-Chefin Zinke. „Wir halten an unserer Forderung fest, die Berliner Besoldung mittelfristig auf das Niveau der Bundesbesoldung anzuheben.“ Gerade vor dem Hintergrund, dass der Bund für das Land Berlin der größte Konkurrent um Fachkräfte auf dem hiesigen Arbeitsmarkt ist, erscheint die Bundesbesoldung der einzig sinnvolle Vergleichsmaßstab bundesweit.

Nun muss es darum gehen, die **finanziellen Spielräume** für die Anpassung an das Besoldungsniveau des Bundes abzusichern. Um eine angemessene Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst und eine bedarfsgerechte Versorgung der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, bedarf es zusätzlicher Einnahmen. „**Unsere Mitglieder haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt**“, stellte Zinke fest. Seit das Urlaubsgeld 2003 gestrichen und das Weihnachtsgeld gekürzt wurde, müssen die Berliner Beamtinnen und Beamten erhebliche Opfer zur Sanierung des Landeshaushaltes erbringen. Die Grundgehälter stagnierten seit August 2004 – die **Verbraucherpreise stiegen seitdem um 9,2 %**. Mit solcher Sparpolitik muss nach Ansicht des DGB Schluss sein. „Statt Steuergeschenken und unsozialer Kürzungen brauchen wir ein **Einnahmepaket** für Bund, Länder und Gemeinden“, forderte Zinke. Jetzt sollten diejenigen zur Kasse gebeten werden, die mit ihrem Geldvermögen am Finanzmarkt spekuliert und damit die Krise mit verursacht haben. „Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ist ebenso fällig wie eine reformierte Erbschaftssteuer, eine Finanztransaktionssteuer und höhere Spitzensteuersätze“, erklärte Zinke abschließend. „Geld ist genug da.“